



© Phimak – stock.adobe.com

Den Frosch Gesundheitswesen wachküssen!

23. Europäischer Gesundheitskongress in München

„Umsetzungsrevolution im Gesundheitswesen – Eigeninitiative ist der Schlüssel zum Erfolg!“ – unter diesem Motto stand der 23. Europäische Gesundheitskongress am 10. und 11. Oktober in München. Die jährliche Tagung versteht sich auch als Plattform, um grenzüberschreitend Ideen zu entwickeln und gemeinsam die Zukunft zu gestalten. In 37 Sessions tauschten sich über 1000 Kongressteilnehmer über die Transformation im Gesundheitswesen aus.



© Klaus D. Wolf

Gesundheitsökonominnen, -juristinnen, -politikerinnen, -journalistinnen und weitere Vertreterinnen der gesamten Branche tauschten sich zwei Tage lang in München über Entwicklungen im Gesundheitswesen aus.

„Wir können es besser. Aber wir müssen jetzt handeln. Der Frosch Gesundheitswesen muss wachgeküsst werden“, appellierte Kongressleiterin Claudia Küng in ihrer Eröffnungsrede. Und Bayerns Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention, Judith Gerlach, MdL, berichtete in ihrer Keynote von ihren frischen Eindrücken aus Dänemark: Dort würden politische Entwicklungen überparteilich getragen. Sie wünsche sich auch hierzulande, dass etwa die Themen Pflege und Krankenhausreform auf breitere Füße gestellt werden, denn: „Alle Beteiligten sind sich einig, dass wir Reformen brauchen.“ Weitere große Herausforderungen, die man im Schulterschluss angehen müsse, sehe sie im Notfallreformgesetz, in der Landarztquote und in der Fachkräftegewinnung. Dass Reformbedarf besteht, führten auch zahlreiche Experten vor Augen, etwa der Vizepräsident des Leibniz-Institutes für Wirtschaftsforschung, Prof. Dr. Thomas Bauer, in seinem Vortrag „Wie schaut es um Deutschland, um Europa aus?“. Demnach hat Deutschland die höchsten Gesundheitsausgaben in der EU, gleichzeitig die niedrigsten Selbstzahlungen. Im Ergebnis sei dieses System mit hohen öffentlichen Gesundheitsausgaben bei niedriger Eigenverantwortung kaum effektiv: Bei der Lebenserwartung bleibe Deutschland immer weiter hinter den Nachbarländern zurück.

Anreize statt Sanktionen

„Niederlassungsfreiheit vs. Bedarfsplanung, Marktwirtschaft vs. Steuerung“ lautete das Thema eines Panels, in dem deutlich wurde, dass ein freier Gesundheitsmarkt insbesondere im ärztlichen Bereich noch skeptisch gesehen wird. Für mehr Marktfreiheit plädierte hingegen der Hauptgeschäftsführer der Bayerischen Landes Zahnärztekammer, Sven Tschoepe: „Die zahnmedizinische Versorgung funktioniert seit 2007 ohne Zulassungsbeschränkungen sehr gut.“ Doch auch in der Zahnmedizin höre man die Alarmglocken schrillen, denn die Gründer-Generation der Nachwendezeit gehe bald in den Ruhestand. Tschoepe plädierte daher für bessere politische Rahmenbedingungen – konkret Bürokratieabbau, faire Honorare und Fachkräftesicherung. Sein Fazit: „Nicht Sanktionen sollten das Instrument sein,

sondern Anreize.“ Aus Sicht von Martin Degenhardt, Geschäftsführer der Freien Allianz der Länder-KVen (FALK), kommt eine Aufhebung von Niederlassungssperren jedenfalls nur in einem vollständig unbudgetierten System infrage, dann erfolge die Steuerung über die Honorare.

Mehr Arzt-Ressourcen durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

Wie ungleich die ärztliche Versorgung in Ballungsregionen und ländlichen Räumen trotz der bestehenden Zulassungsbeschränkung verteilt ist, veranschaulichte Prof. Dr. Leonie Sundmacher vom Fachbereich Health Services Management der Ludwig-Maximilians-Universität München. Die drohenden Versorgungslücken hängen eng damit zusammen, dass immer mehr Ärzte in Teilzeit arbeiten.

Auf die Publikumsfrage, ob eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – insbesondere im ländlichen Raum – den Trend zur Teilzeit abmildern könne, erklärte die Wissenschaftlerin, genau dieses Thema sei in Deutschland völlig „unterbeforscht“. In Dänemark und Finnland sei



Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach, MdL, will Reformen auf breitere Füße stellen.

es, anders als hierzulande, kein Problem, mit Kindern in Vollzeit zu arbeiten. Sundmacher betonte, sie sehe in der Frage nach den Bedingungen und Präferenzen angehender Mediziner ein zentrales Feld für die Versorgungsforschung.

Julika Sandt
Leiterin der Stabsstelle Politik der BLZK



Mehr Marktwirtschaft oder mehr Steuerung? Das war die zentrale Frage auf dem Podium, an dem auch BLZK-Hauptgeschäftsführer Sven Tschoepe (links) teilnahm. Sein Standpunkt: „Nicht Sanktionen sollten das Instrument sein, sondern Anreize.“